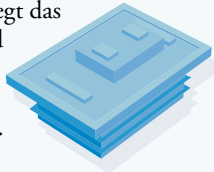


EU-Institutionen *im Überblick*

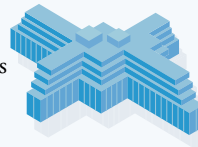
Europäischer Gerichtshof

Der Gerichtshof legt das EU-Recht aus und gewährleistet die Anwendung in allen EU-Ländern.



Europäische Investitionsbank

Unterstützt die Entwicklung des Binnenmarkts im Interesse der Union.



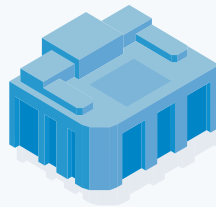
Europäischer Rechnungshof

Prüft fortlaufend die Rechtmäßigkeit und ordnungsgemäße Verwendung aller Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union.

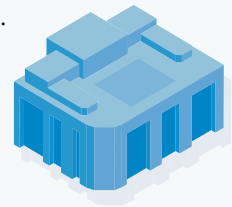


Europäische Institutionen

Pro Mitgliedstaat je ein/e VertreterIn. Übt zusammen mit dem Parlament die Rechtsetzung aus.



Ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs. Er gibt Impulse und legt politische Zielvorstellungen für die Entwicklung der EU fest.



Rat der Europäischen Union

Europäischer Rat



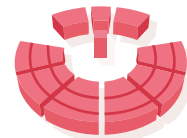
bilden



bilden



Nationale Regierungen



Nationale Parlamente

oder je nach System

wählen



BürgerInnen der Staaten



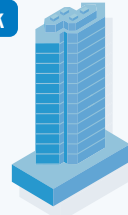
Ausschuss der Regionen

Die Versammlung der Regional- und KommunalvertreterInnen der Europäischen Union.



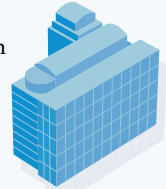
Europäische Zentralbank

Die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Währungsunion bildet mit den nationalen Zentralbanken das Europäische System der Zentralbanken.

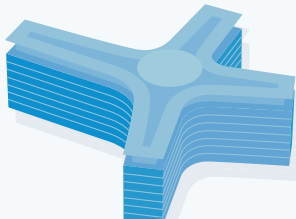


Wirtschafts- und Sozialausschuss

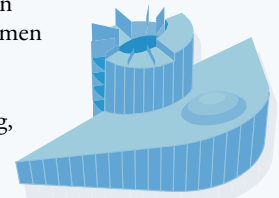
In ihm sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen (etwa VerbraucherInnen) vertreten.



Ähnlich einer Regierung nimmt sie vor allem Aufgaben der Exekutive wahr, hat bis auf einige Ausnahmen das alleinige Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und überprüft z. B. die Einhaltung des Europarechts.



Setzt sich aus direkt gewählten Europa-Abgeordneten zusammen und besteht aus 750 Sitzen zuzüglich PräsidentIn. Es hat Funktionen bei Gesetzgebung, Budgetierung und Kontrolle.



Europäische Kommission

Europäisches Parlament

schlägt PräsidentIn vor

wählt PräsidentIn

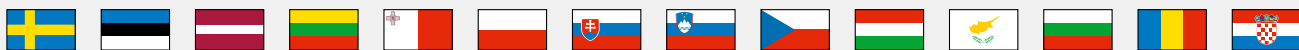
ernennen

wählen
oder
ernennen

PräsidentIn

Europawahl

In jedem Mitgliedstaat alle fünf Jahre, nach unterschiedlichen Wahlsystemen



BürgerInnen der Staaten